

NRW **DGB**

AFD UND EXTREME RECHTE

IN NRW VOR DEN KOMMUNALWAHLEN 2020



KOMMUNAL TOTAL BANAL?

AfD und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen vor den Kommunalwahlen 2020

DIE AfD - KEINE PARTNERIN FÜR DIE INTERESSEN DER BESCHÄFTIGTEN

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen werden 2020 unter völlig unerwarteten Bedingungen stattfinden. Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor ungekannte Herausforderungen. Die Krise verschärft bestehende soziale Ungleichheiten und trifft dabei auf die nun noch drängender werdenden Fragestellungen zur sozial-ökologischen Transformation. Bei der Bearbeitung der Krisenfolgen gerade für benachteiligte oder verletzlichere Personengruppen sind die Kommunen die zentralen Akteur*innen – und oft sind die Kassen schon vor der Pandemie leer gewesen.

Die AfD und andere rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur*innen versuchen, in dieser Gemengelage Profit aus der Verunsicherung der Menschen zu ziehen. In dieser Broschüre beleuchten wir, wie sich die AfD und ihr extrem rechtes Umfeld (vor allem in NRW) personell verzahnen und strategisch aufstellen. Wer hetzt, spaltet und abwertet, statt solidarisch und lösungsorientiert nach den besten Konzepten für heute und morgen zu suchen, ist für die Gewerkschaften kein Bündnispartner. Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, die die Herausforderungen gemeinsam angeht und die Held*innen des Alltags in den Mittelpunkt stellt. Deshalb müssen wir auch auf jene schauen, die versuchen einen Keil in diese Gesellschaft zu treiben. Das zu verhindern, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht.

Anja Weber
Vorsitzende DGB NRW



ZUR LAGE VOR DEN NRW-KOMMUNALWAHLEN 2020

Am 13. September 2020 sollen in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen stattfinden.¹ Doch schon lange vor der durch die Pandemie bedingten Krise – deren Konsequenzen wir bei Redaktionsschluss dieser Broschüre nur erahnen können – bestand für die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland Grund zur Sorge. Die Wahlfarce um den Thüringer Kurzzeitministerpräsidenten Thomas Kemmerich hat gezeigt, dass Teile der bürgerlichen Parteien zumindest zeitweise für eine Kooperation mit der Alternative für Deutschland (AfD) bereit waren. In Thüringen ist Björn Höcke der Landesvorsitzende der AfD. Höcke repräsentiert als Leitfigur des vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingestuft und angeblich aufgelösten Netzwerks „Der Flügel“ die äußerste Rechte in der Partei. Und diese Partei, deren Mitglieder sich fälschlicherweise als bürgerlich oder gemäßigt bezeichnen, hat die Rechtsextremen um Höcke eben nicht ausgeschlossen, sondern in der Partei aufgehen lassen. So offenbart die Einschätzung von Alexander Gauland, dem Ehrenvorsitzenden der AfD, Höcke repräsentiere die Mitte der Partei: Der Rechtsextremismus ist nicht von der Gesamtpartei zu trennen.

Auch in NRW zeigt sich die Gefahr durch die extreme Rechte. Anfang Februar 2020 sorgte die Enttarnung der unter Terrorverdacht stehenden „Gruppe S.“ für Schlagzeilen, die einen lokalen Schwerpunkt im ostwestfälischen Hamm hatte. Schon zuvor hatten beispielsweise der Angriff auf die heutige Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (2015) ebenso wie die Attentate von München (2016), Halle (2019) oder Hanau (2020) dramatisch gezeigt, welcher Gefahr Migrant*innen, Menschen jüdischen Glaubens oder auch Demokrat*innen durch die Verbreitung extrem rechter Ideologie und Gewalt ausgesetzt sind.

Gegen diese Gefahr von rechts regt sich an vielen Orten demokratischer, antifaschistischer Protest, der von den Gewerkschaften auch in NRW vielfältig und engagiert mitbetrieben wird. Gründe für diesen Protest gab es genug: Extrem rechte Politiker*innen auch aus NRW haben über Jahre eine aufgeheizte Stimmung

mit erzeugt, die sich vor allem gegen vermeintliche „Minderheiten“, vielfach aber auch gegen demokratische Politiker*innen richtet. Die Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen sind die offenkundige Folge einer drastischen Kampfrhetorik von rechts, die auch in NRW zu hören ist. „Die Gegenwarts-Politik muss endlich die Stärke zur politischen Aktion aufbringen“, forderte zum Beispiel der nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Röckemann im Jahre 2016. Der ehemalige Landesvorsitzende der heillos zerstrittenen AfD NRW ergänzte: „Sie muss bereit sein, das ‚Eigene‘ zu verteidigen und das ‚Fremde‘ auszuschließen.“² Angesichts dieser Aussagen wundert es nicht, dass die AfD in NRW beispielsweise durch rassistische „Malbücher“ in die Schlagzeilen geraten ist.³ Die AfD ist in NRW der bekannteste Teil einer (extremen) Rechten, die im Parlament und auf der Straße gegen ihre Feindbilder vorgeht.

EINE GANZ NORMALE PARTEI?

Es ist vor den Kommunalwahlen 2020 offenkundig, dass die AfD keine normale Partei ist, sondern eine Politik der Spaltung betreibt. In Städten wie Köln oder Dortmund wollen die OB-Kandidaten*innen der demokratischen Parteien deshalb keine gemeinsamen Podien mit der AfD bestreiten.⁴ Die Gründe dafür sind klar: Von der extremen Rechten ist die AfD auch kommunal nicht sauber zu unterscheiden. Schon 2014 gab es beispielsweise in Duisburg Berichte über eine Kooperation von Ratsvertreter*innen der AfD mit den kommunalen Abgeordneten der NPD.⁵ Aufmerksame Antifaschist*innen haben schon sehr früh auf die Verbindungen von Teilen der AfD in NRW oder der Jungen Alternative (JA) etwa zur „Identitären Bewegung“ (IB)⁶ hingewiesen.

Im Landtag und auch in den Kommunen betreibt die AfD vielfach eine Politik der Provokation, die wenig mit Sachorientierung, aber viel mit Selbstinszenierung und Abwertung anderer zu tun hat. Das hat deutliche Auswirkungen auf die lokale Politik und Zivilgesellschaft. Auch für die Gewerkschaften, führt doch beispielsweise der Europa-Abgeordnete Guido Reil besonders lautstark den Kampf gegen die „Arbeiterverräter in den Gewerkschaften“⁷.

¹ Der Redaktionsschluss dieser Broschüre war der 17. April 2020.

² Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5. März 2020, S. 3

³ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-rudert-wegen-rassistischem-kindermalbuch-zurueck-16642840.html>
- Alle Internetquellen wurden zuletzt am 15.4.2020 geprüft.

⁴ <https://www.ruhrbarone.de/dortmund-ob-kandidaten-von-spd-cdu-und-gruenen-boycottieren-veranstaltungen-mit-afd-beteiligung/179393>

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/duisburger-afd-vertreter-unterstuetzen-npd-kandidaten-13194957.html>

⁶ Ausführliche Informationen zur IB bietet die „Blickpunkt“ der DGB-Jugend zum Thema: <https://jugend.dgb.de/++co++4d82c9f8-734f-11ea-a983-525400d8729f>

⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=q90-M5EtyyKU>

Ähnlich versuchte die AfD mit Reil bereits bei den Betriebsratswahlen 2018 zu punkten, wenn auch ohne Erfolg.⁸

Welche Themen und Strategie sind also von einer sich seit der letzten Kommunalwahl 2014/2015 immer weiter radikalisierenden AfD zu erwarten? Wie nutzt und befeuert sie Proteste auf der Straße? Und was macht darüber hinaus die militante Rechte, die für 2020 ein Wahlbündnis angekündigt hat?

DIE AfD IN DER (CORONA-)KRISE

Die AfD befindet sich vor den NRW-Kommunalwahlen in einer dreifachen Krise: Sie wird in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet, spielte zumindest zu Beginn der Corona-Pandemie fast keine Rolle und widmet sich gegenwärtig vor allem ihren eigenen „Flügel“-Kämpfen. Wie skrupellos die AfD auch während der Pandemie agierte, zeigte die sächsische AfD-Fraktion, die Mitte März den Landtag trotz zahlreicher Sicherheitsbedenken einberufen hatte. Die Abgeordneten sollten auf Verlangen der AfD sogar vollzählig erscheinen, was jeden Kontaktschutz unmöglich gemacht hätte.

Anfang April kamen 68 Bundestagsabgeordnete der Partei in Berlin zusammen, um aus jener Defensive zu kommen, in der die AfD seit dem Beginn der Pandemie steckte. Die öffentlichen Auflagen der Großen Koalition fanden große Zustimmung in der Bevölkerung – und während sich die Regierungsparteien eines großen Zuspruchs erfreuten, verlor die AfD in den Umfragen. Der von der Partei regelmäßig angegriffene öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde von der Bevölkerung weitaus mehr als früher als seriöse Informationsquelle genutzt, die Internetseiten der AfD – oftmals ein Sammelsurium für Fake News – wurden dagegen weniger aufgerufen.⁹

Die Corona-Debatte in der AfD-Bundestagsfraktion zeigte, wie unterschiedlich deren Abgeordnete auf die Krise reagier(t)en. Einige wollten die Sicherheitsmaßnahmen sofort aufheben und verglichen die vom Corona-Virus ausgelöste Krankheit Covid-19 mit einer Grippe. Mitglieder des Bundesvorstandes zeigten sich auf Twitter ohne Einhaltung der Abstands-

regeln mit Parteifreunden, auch in Duisburg-Rheinhausen wurde noch nach Verhängung der Kontaktsperre eine Versammlung der AfD angekündigt. Verabschiedet wurde in der Bundestagsfraktion ein Papier, das die Position der AfD (Stand April 2020) wie folgt zusammenfasst: „Die Kombination aus Massenarbeitslosigkeit, dem Verschwinden ganzer Industrie- und Wirtschaftszweige, dem wirtschaftlichen Veröden ganzer Landstriche und Bundesländer, dem Auftreten flächendeckender Versorgungsengpässe und Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten ergäbe eine Gemengelage, welche wesentlich gefährlicher sein könnte, als die Corona-Krise selbst.“¹⁰ Hier sind wichtige Positionen aufgeführt, mit denen die AfD künftig ihre Oppositionspolitik betreiben will – zentral genannt wird dabei die Forderung nach „strikten Grenzkontrollen“ und dem Einreisestopp von Geflüchteten.¹¹

Warum aber sollte eine Partei, die die Pandemie verharmlost hat, nun zur Krisenbewältigung beitragen können? Warum sollte sie ohne sozialpolitisches Konzept nun beim Thema Massenarbeitslosigkeit etwas zu sagen haben? In NRW legte die AfD einen 60-Punkte-Plan zur Lösung der Krise vor, der umfassende Kompetenz suggerieren soll. Typisch ist aber, wie die Partei die Debatte über die Krisenfolgen nutzt. Der Öffentlichkeit präsentiert sie in griffiger Form eine Auflistung, an welchen öffentlichen Stellen zur Krisenbewältigung angeblich immense Summen gespart werden können: Im Klimaschutz, bei der Beratung von Geflüchteten, im Integrationsmanagement oder bei sogenannten Diversity-Projekten.¹² Sogar während einer Pandemie zeigt sich an diesen Beispielen also, wie sehr die AfD auch in NRW auf ihre klassischen Feindbilder fixiert ist.

AFD IN NRW – ZERSTRITTEN, ABER POLARISIEREND

Die AfD verfügt in NRW mit rund 5.700 Mitgliedern über den stärksten Landesverband in der Bundesrepublik.¹³ Deshalb stellt sie auch die meisten Delegierten auf den Bundesparteitagen.¹⁴ Die Partei ist in NRW jedoch stark zerstritten, Anhänger*innen der offiziell angeblich aufgelösten Seilschaft „Der Flügel“ streiten sich nach wie vor mit nationalkonservativen

⁸ <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/betriebsratswahlen-im-fruehjahr-rechte-kandidaten-streben-in-die-betriebsraete/20849470.html>

⁹ <https://taz.de/Radikale-Rechte-verliert-in-Pandemie/!5677438&s=afd+corona/>

¹⁰ Zitiert nach <https://www.afdbundestag.de/positionspapier-corona-krise/>

¹¹ Vgl. Punkt 6 des Positionspapiers zur Corona-Krise.

¹² <https://afd-fraktion.nrw/2020/03/26/milliardenhilfen-wegen-corona-hier-kann-das-land-sparen/>

¹³ So die offiziellen Zahlenangaben des AfD NRW-Vorsitzenden Rüdiger Lucassen im Interview mit der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit 17/2020, S. 3.

¹⁴ <https://www.afd.de/partei/bundeskonvent/>



und neoliberalen Kräften in einer Partei, die im Landtag und auf kommunaler Ebene mal konfus und konturlos, mal provozierend und polarisierend agiert. Aufgrund der extrem rechten Tendenzen in der Partei und der Jugendorganisation JA beobachtet der Verfassungsschutz nach Presseangaben 1000 Mitglieder der AfD in NRW.¹⁵ Mitunter wechselt sie – etwa bei der Sozialpolitik¹⁶ – wie ein Chamäleon die Positionen, oft inszeniert sie sich dabei als „wahre“ Stimme des Volkes. Den sogenannten „Altparteien“ wird hingegen unterstellt, dass sie nur ihre eigenen Interessen bedienen. So gefällt sich die AfD in der Rolle als vermeintlich einzig echte Verfechterin der Demokratie – daraus aber resultiert ein Absolutheitsanspruch, der aber rein gar nicht demokratisch ist.

Insgesamt hat die Kommunalpolitik keine Priorität in der AfD. Als auf dem NRW-Landesparteitag der AfD im Januar 2020 das „modulare Eckpunkteprogramm“ für die Kommunalwahlen diskutiert werden sollte, fand sich keine Zeit für die Debatte.¹⁷ Der Informationsdienst „blick nach rechts“ mutmaßt sogar, dass die AfD in „vielen der fast 400 Kommunen im Lande (...) gar nicht erst auf den Stimmzetteln stehen“ dürfte und folgert: „Aus Sicht der AfD wäre es schon ein Erfolg, wenigstens die mehr als 50 kreisfreien Städte und Landkreise komplett abdecken zu können.“¹⁸

Doch egal wie die AfD sich vor Ort aufstellen wird, grundsätzlich gilt: Vor allem der große Auftritt ist wichtig. Die kleinteilige Arbeit vor Ort, die Lösungen für konkrete Probleme der Menschen bietet, scheint die AfD oftmals nur

zum Zwecke ihres Schauspiels zu interessieren. Auch die „bürgerliche“ Selbstdarstellung des aktuellen Landesvorstandes der AfD in NRW ist oftmals nur Show. Die offizielle Distanzierung von der äußersten Parteirechten um Björn Höcke weicht vor Ort der direkten Zusammenarbeit. Zur Eröffnung des lokalen Kommunalwahlkampfs kündigte die AfD beispielsweise für den 28. März 2020 eine Großveranstaltung in Höxter an, die aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus abgesagt werden musste.¹⁹ Vielsagend war, wer dort dem Publikum präsentiert werden sollte. Denn neben Rüdiger Lucassen, dem neuen, angeblich „gemäßigten“ Landesvorsitzenden der AfD in NRW, war auch Björn Höcke als Gastredner eingeladen. Und das, obwohl der neue Landesvorstand gerne betont, dass er sich in und von NRW aus gegen Höckes Seilschaft durchgesetzt habe. Wer aber soll vor diesem Hintergrund an eine Distanzierung der AfD in NRW glauben? Wie menschenverachtend die Propaganda der Leitfigur des „Flügels“ ist, zeigt ein Blick in Höckes Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“. Dort wird unter anderem ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“²⁰ gefordert. Höcke kündigt mit apokalyptischen Tönen sogar an, dass „wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen.“²¹ „Remigrationsprojekt“ – so lautet heute die feiner formulierte Neuauflage der alten Nazi-Parole „Ausländer raus!“. Höckes Forderungen richten sich aber auch gegen den Teil der deutschen Bevölkerung, der sich für Demokratie und Vielfalt einsetzt. Hier wird deutlich, dass Politiker*innen der AfD bestimmen wollen, wer zum „Volk“ gehören darf – und wer nicht.

So zielt diese Rhetorik der AfD bewusst auf die Dämonisierung von Migrant*innen sowie die Herabsetzung des politischen Gegners. Sie fördert eine antidemokratische und autoritäre Stimmung, die schon lange Wirkung zeigt. Auch in NRW mehren sich die Stimmen von Kommunalpolitiker*innen, die über Hassmails oder Angriffe klagen und im äußersten Fall sogar von ihren Ämtern zurücktreten. In den sozialen Netzwerken, aber auch auf den Straßen von NRW regt sich in dieser Situation ein sozial-demagogischer Scheinprotest vom rechten Rand. Selbsternannte „Bürgerwehren“

¹⁵ https://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/verfassungsschutz-beobachtet-in-nrw-1000-afd-mitglieder__aid-49108265

¹⁶ Zum Sozialpopulismus der AfD siehe die DGB-Broschüre „Eine >Arbeiterpartei für Deutsche<? Der Sozialpopulismus der AfD“, <https://www.dgb.de/downloadcenter/+co++035b1614-e04c-11e9-b602-52540088cada>

¹⁷ <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/nrw-afd-keine-zeit-f-r-inhalte>

¹⁸ <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/oberst-a-d-zieht-in-die-anti-fl-gel-schlacht>

¹⁹ <https://www.westfalen-blatt.de/OWL/Kreis-Hoexter/Hoexter/4170119-Corona-Zum-Schutz-der-Bevoelkerung-hat-Stadt-alle-oeffentlichen-Veranstaltungen-verbieten-Vereine-Kirchen-Politik-und-Schuetzen-betroffen-Stadt-Hoexter-erlaesst-Verfuegung-Hoecke-Auftritt-nicht-mehr-moeglich>

²⁰ Björn Höcke, Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen und Berlin 2018, S. 254

²¹ Höcke, a.a.O., S. 257



patrouillieren auf öffentlichen Plätzen, Protagonist*innen der extremen Rechten kündigen an, es denen „da oben“ zu zeigen. Federführend beteiligt sind auch Mitglieder der AfD, die vor der Zusammenarbeit mit der extremen Rechten nicht zurückschrecken. Die rechten Kundgebungen gegen den WDR anlässlich des skandalisierten „Umweltsau“-Songs sind hier ein wichtiges Beispiel, wurden diese doch von einem am rechten Rand höchst umtriebigen AfD-Mann mitgetragen.²²

WAS MACHT DIE AfD IM LANDTAG VON NORDRHEIN-WESTFALEN?

Bundesweit profilierte Persönlichkeiten kann der mitgliederstarke NRW-Landesverband momentan nicht aufweisen. Und auch in der Landtagsfraktion zeigt sich statt der inhaltlichen Gemeinsamkeiten vor allem die Differenzen, die in der Partei schrill ausgetragen werden. In einer Landtagsrede warf beispielsweise der ehemalige AfD NRW-Chef Markus Pretzell unter anderem seinem damaligen Parteifreund Christian Blex vor, zu „feige“ für einen Eintritt in die NPD zu sein.²³

Die Landtagsfraktion steht repräsentativ für die AfD in NRW, viele ihrer Abgeordneten sind auch auf kommunaler Ebene aktiv und bekleiden dort Funktionen. 7,4 Prozent der Stimmen erhielt die AfD bei den Landtagswahlen 2017. Insgesamt vier Mitglieder hat die anfangs 16-köpfige Fraktion der AfD bislang im Landtag verloren.²⁴ Nur zwei Frauen sind Mitglied der Fraktion. Zusammengehalten wird dieses Bündnis aus Nationalkonservativen, Neoliberalen und völkischen Nationalist*innen durch gemeinsame Feindbilder. Der Auftritt der Partei ist geprägt durch das Überthema Migration, Provokationen und Herabsetzungen des politischen Gegners, durch inszenierten Scheinprotest und Feindmarkierungen. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat die AfD NRW ebenso wie die Bundespartei keine klare Linie. Diese Agenda gleicht der Arbeit der AfD in anderen Landtagen. In vielen Fällen wird mit starken Bildern gearbeitet, die von wenig sachlicher Analyse zeugen, dafür aber stark an Gefühle nicht nur der sprichwörtlichen Wutbürger*innen appellieren.

FEINDBILDER

Die Feindbilder sind klar. In Reden fordert die AfD beispielsweise vollmundig: „Flüchtlingsrat NRW die Mittel streichen!“. Es gehe darum, den „verdeckten, institutionalisierten Linksextremismus“ in NRW zu entlarven.²⁵ Wie auch in anderen Bundesländern richtet die AfD ihre Arbeit gegen die Landeszentrale für politische Bildung, deren „einseitige Ausrichtung“ in NRW zu beenden sei.²⁶ Die genutzten Feindbilder sind altbekannt: „Gutmenschen“, die sich für Geflüchtete einsetzen, werden als „Linksextremisten“ markiert. Und öffentliche Institutionen, die wie die Landeszentrale über Rechtsextremismus – und damit über zentrale Teile der AfD – aufklären, werden politisch angegriffen.

In ihrer apokalyptischen Rhetorik spricht die AfD beispielsweise von NRW als dem „Land der Messerstecher“²⁷. Die Bundestagsrede der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, in der diese in herabsetzender Art und Weise über „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“²⁸ klagte, hat auch die AfD-Mandatsträger*innen anderer politischer Ebenen inspiriert.

Beispielhaft dafür, wie die AfD NRW auch im Landtag Feindbilder verbreitet, ist eine kurze Rede ihres Abgeordneten Christian Blex, der öffentlich für Höckes „Flügel“ wirbt.²⁹ Blex sollte während einer Debatte im September 2018 in einer kurzen Rede im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ des Landtags zur Bekämpfung der „afrikanischen Schweinepest“ Stellung nehmen. Er redet aber nicht direkt zur Sache, sondern nutzt zunächst die Gelegenheit für eine Polemik gegen die „Laschet-Parteien“ (gemeint sind wohl CDU und FDP) sowie die „Öko-Sozialisten“ (gemeint sind wohl SPD und Grüne).³⁰ Blex greift die von den Redner*innen der anderen Parteien erwähnte Forderung auf, dass die zuständigen Stellen „Grenzen sichern und den Transit verhindern“ sollen. Blex schließt: „Das ist interessant; das ist ganz toll. Allerdings (...) nicht bezüglich der illegalen Massimmigration“.³¹

²² <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/feindbild-gez-medien>

²³ <http://lotta-magazin.de/ausgabe/75/andienung-und-provokation>

²⁴ https://www.wz.de/politik/landespolitik/duesseldorfer-abgeordneter-vogel-verlaesst-afd-fraktion-im-nrw-landtag_aid-49473661

²⁵ <https://afd-fraktion.nrw/2019/10/14/flu-echtlingrat-nrw-die-mittel-streichen/>

²⁶ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4802.pdf>

²⁷ <https://afd-fraktion.nrw/2020/01/16/nordrhein-westfalen-das-land-der-messerstecher/>

²⁸ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw20-de-einspruch-ordnungsru-555494>

²⁹ <https://www.facebook.com/750682865004850/posts/997931366946664/>

³⁰ https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP17-35.html#_Toc528916681

³¹ Ebd.



Diese Rede steht prototypisch für die Rhetorik der AfD. Ein scheinbar entlegenes Thema – die „afrikanische Schweinepest“ – wird genutzt, um zunächst mit dem politischen Gegner abzurechnen. Anschließend landet der Redner der AfD wieder bei ihrem Kernthema – der Einwanderung. Statt lösungsorientiert zu arbeiten, will die AfD so nur durch Provokation punkten.

und Foyer trennt; dann ein AfD-Fraktionschef, der den Bergleuten versichert: ‚Wir werden kämpfen, kämpfen, kämpfen! Und Ihr müsst kämpfen, kämpfen, kämpfen!‘³² Der Landtag wurde so zur Schaubühne für „Sozialproteste“, die weniger für die Menschen als vielmehr für die Medien aufgeführt wurden – damit der Anschein entsteht, die AfD sei der Anwalt der Bergleute.

³² <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-inszeniert-sich-sozial>

³³ <https://www.welt.de/regionales/nrw/article197506847/Keine-Konsequenzen-fuer-randalisierende-Bergleute.html>

³⁴ <https://afd-fraktion.nrw/2018/12/17/sozialhaushalt-soziale-goodies-reduzieren/>

³⁵ Georg Pazderski (2016): AfD-Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017 (internes Papier).

INSZENIERTER PROTEST UND SOZIALPOPULISMUS

Für Aufsehen sorgte die AfD auch mit einem Protest-Schauspiel im Juli 2019. Die Landtagsfraktion der AfD hatte eine Delegation von vermeintlichen Bergleuten im Landtag empfangen, die vorgaben, stellvertretend für 200 verbliebene Beschäftigte demonstrieren zu wollen, denen von der Ruhrkohle AG (RAG) betriebsbedingte Kündigungen zuzugingen. Die in Aussicht gestellten Ersatzarbeitsplätze wollten Teile der einstigen Mitarbeiter*innen der RAG nicht annehmen. Die Redner der AfD schrien an diesem Tag eher – und auf der Tribüne, auf der Beifallsbekundungen oder Buhrufe untersagt sind, gab es tumultartige Szenen. Dieses von der AfD angeführte Manöver hat gezeigt, wie geschichtsvergessen die Partei agiert. Es gehört zu den Lehren aus der Weimarer Republik, dass das Parlament ungestört und ohne Druck beraten soll und dass die freie Rede der gewählten Abgeordneten nicht durch organisierte Störer*innen niedergebrüllt werden darf.

Die Tumulte im Landtag wurden von der AfD aufgenommen und später verbreitet. „Am Morgen nach der denkwürdigen Stunde im Parlament“, fasst der „blick nach rechts“ anschaulich zusammen, „veröffentlichte die AfD-Fraktion ein kurzes Video, perfekt geschnitten und mit dramatischer Musik unterlegt: AfD-Politiker inmitten der Bergleute, offenbar auf dem Weg zum Landtag; die 80 Bergleute auf der Tribüne; der tobende Fraktionschef Markus Wagner im Plenum, der die Abgeordneten der anderen Parteien anherrscht: ‚Das ist eine Schande, was Sie hier abliefern!‘; Beifall auf der Tribüne; dann Pfliffe, Buh- und ‚Verräter‘-Rufe, als der AfD-Antrag abgelehnt wird; Tohuwabohu vor dem Plenarsaal, dramatisiert durch eine unruhige Kameraführung; Bergleute, die gegen die Scheibe trommeln, die Plenarsaal

Als später klar wurde, dass längst nicht alle der protestierenden Bergleute wirkliche Kumpel waren, sondern diese nur öffentlichkeitswirksam spielten, entschuldigten sich einige von ihnen in einem offenen Brief beim Landtagspräsidenten.³³ Aber die Bilder gelangten wie gewünscht in die Medien.

DER TAKTISCHE BEZUG ZUR SOZIALPOLITIK

Jenseits dieser Inszenierungen ist Sozialpolitik in der NRW-Fraktion kaum ein Thema. Wenn der sozialpolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Vincentz das Wort ergreift, dann vorzugsweise mit Forderungen, wonach „der Sozialstaat nur seine Kernaufgaben“ wie zum Beispiel „die Bekämpfung von Kinderarmut“ wahrnehmen und dabei auf „soziale Goodies“ verzichten solle.³⁴ Welche „sozialen Goodies“ Vincentz meint, bleibt unklar.

Aber offenkundig ist Klarheit in diesen Fällen gar nicht erwünscht. In dem Strategiepapier „AfD-Manifest 2017“ zeigt sich deutlich, mit welchem Kalkül sich die AfD der sozialen Frage bedient. In dem Papier heißt es: „Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft der AfD nicht auseinanderdividiert.“ Es könne „Differenzen bei Fragen wie Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträgen, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung geben. Der politische Gegner, unterstützt von den Medien und Verbänden, wird nichts unversucht lassen, die AfD und ihr Bekenntnis zur ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ als ‚neoliberal‘ zu brandmarken“.³⁵



Was ist dazu also von der AfD zu erwarten, die ihre „Sozialparteitage“ (die bestenfalls Rentenparteitage sein werden) regelmäßig verschiebt? AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen stellte Ende März sogar Überlegungen an, ob sich die Partei nicht besser aufspalten sollte, bestünde diese doch aus zwei Gruppen – „einer freiheitlich-konservativ-marktwirtschaftlichen auf der einen Seite, einer völkisch-etatistisch-kollektivistischen auf der anderen.“³⁶ Dass sogar der Bundessprecher der Partei, der seinen Vorschlag rasch wieder zurückziehen musste, eindeutig von einer „völkischen“ (und damit antidemokratischen) Strömung in den eigenen Reihen spricht, ist schon bemerkenswert. Und die Art und Weise, wie die AfD eine klare Positionierung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik vermeidet, zeigt, dass die sozialpolitischen Forderungen nicht mehr als Wahlkampfstrategie sind.

DIE AfD AUF KOMMUNALER EBENE

Diese politische Strategie, keine eindeutigen Positionen zu zentralen Fragen zu beziehen, setzt sich in den Kommunen fort. Mit einem Gesamtergebnis von 2,5 Prozent der Stimmen blieb die damals noch junge AfD bei der Kommunalwahl 2014 hinter ihren Erwartungen zurück. Die AfD verfügt in den Kommunen von NRW bislang über eine noch überschaubare Anzahl von Abgeordneten. Trotz der zahlenmäßigen Stärke des hiesigen Landesverbandes konnte die Partei ihre Mitglieder nicht zu flächendeckenden Kandidaturen animieren. Doch das könnte sich nun ändern. In verschiedenen Städten des Ruhrgebiets etwa erzielte sie zuletzt bei den Europawahlen 2019 hohe Wahlergebnisse. Im Wahlbezirk Gelsenkirchen-Stadt kam sie etwa auf 16,4 Prozent.³⁷ Und diese Resultate will die Partei 2020 ausbauen. Zwar wird sie in manchen Städten keine Hochburgen erobern können und an einigen Orten mangels Kandidat*innen gar nicht erst antreten. Da aber bei der Kommunalwahl die Fünfprozenthürde nicht gilt, könnte sie verstärkt den Sprung in Kreistage und Stadträte schaffen und in einigen auch Zuwächse verzeichnen. Und auch wenn die AfD vor Ort häufig eher durch Abwesenheit glänzt oder mit Provokationen um Aufmerksamkeit buhlt, hat sie inzwischen Foren eingerichtet, die die kommunalen Mandatsträger*innen auf die

Sacharbeit vorbereiten sollen. Der in Bonn ansässige Verein für Kommunalpolitik NRW e.V. (VfK-NRW e.V.) soll genau diesem Zweck dienen.³⁸ Allerdings lagen noch Mitte April kaum Informationen zur Kommunalwahl vor, die eigens eingerichtete Homepage bot nur spärliche Inhalte.

Die schlechte Vorbereitung des kommunalpolitischen Schulungszentrums in NRW verdeutlicht, dass vielerorts lokale Aufgaben vernachlässigt werden. Die jeweiligen Kreisverbände laden beispielsweise Prominente der Partei ein, die dann aber über bundespolitische Themen reden und kommunale Fragen weitgehend außen vor lassen. In Krefeld etwa hatte der stellvertretende Sprecher der dortigen AfD, der Landtagsabgeordnete Martin Vincentz, unter anderem die Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch und Kay Gottschalk eingeladen. Die Lokalpresse berichtet nüchtern über den Auftritt: „Gottschalk handelte die Kommunalpolitik – aus Zeitgründen – in rund zwei Minuten ab. Die Geldnöte der Kommunen brachte der Nettetaler den Gästen der Kreisverbände Krefeld und Viersen am Beispiel Duisburg näher.“³⁹ Es zeuge von einem beachtlichen Desinteresse an der Situation vor Ort, wenn statt über die kommunalpolitischen Herausforderungen am Niederrhein lieber über das Ruhrgebiet gesprochen wird. „Einmal mehr wurde klar“, so schließt der Bericht der Lokalzeitung deshalb treffend, „dass der AfD die kommunalen Themen fehlen.“⁴⁰

³⁶ Zu Meuthens Vorstoß siehe die Einschätzung von Volker Weiß auf „Gegneranalyse“: <https://gegneranalyse.libmod.de/im-ziel-vereint/>

³⁷ <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99/land-5/kreis-5513.html>

³⁸ Nähere Infos unter: <https://www.vfk.nrw/verein/>

³⁹ https://www.wz.de/nrw/kreis-viersen/kempen-und-grefrath/kommentar-die-afd-hat-kommunal-nichts-zu-bieten_aid-48523735

⁴⁰ Ebd.



Oftmals bleibt es direkt vor Ort bei reiner Show. Gudio Reil von der AfD Essen kündigte beispielsweise seine Kandidatur als Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstadt an – und zog dann ebenso rasch zurück.⁴¹ Allerdings kam Reil mit dieser Ankündigung direkt in die Presse. Und schon mit wenigen Kommunalpolitiker*innen kann die Partei – wie im Landtag – eine Politik der Provokationen und Feindmarkierung betreiben. Sie nutzt dazu mitunter ein Vokabular, das zuvor eher bei der NPD anzutreffen war. Im Rat der Stadt Aachen prägt beispielsweise ein Anhänger des „Flügels“, Markus Mohr, die „Allianz für Aachen“ (AfA). Die zunächst angetretene Ratsfraktion der AfD hatte sich zuvor gespalten. Mohr bildete diese Ratsgruppe daraufhin mit Wolfgang Palm, einem ehemaligen Mitglied der rechtsextremen und inzwischen aufgelösten Mini-Partei Pro NRW. Die AfA nutzt vor Ort die aggressive Rhetorik der extremen Rechten. Seelisch erkrankte Flüchtlinge werden etwa in Ratsanträgen als – so wörtlich – „psychisch labile Mängelwesen“ bezeichnet.⁴² So wird die Ratsmitgliedschaft für den menschenfeindlichen Jargon der Rechten genutzt.

„Steele Jungs“ aus Essen-Steele oder der Kölner „Begleitschutz“ beziehungsweise die „Internationale Kölsche Mitte“. Die Sicherheitsbehörden sprechen hier von „Mischszenen“, in denen sich mit Rechtsextremen, Hooligans und Rocker*innen, Reichsbürger*innen sowie Verschwörungsideolog*innen oder „Wutbürger*innen“ unterschiedliche Milieus versammeln. Gemeinsam mit klassischen Neonazis wird dann demonstriert. Im September 2019 konnte beispielsweise ein Treffen von rund 27 „Bürgerwehren“ mit über 700 Teilnehmer*innen durchgeführt werden. Aufgerufen wurde zum „Widerstand“ gegen „die Staatsverbrecher“ und das „Unrechtsregime“ der Bundesrepublik.⁴³ Oftmals ist auf solchen Kundgebungen auch die 2016 in Düsseldorf gegründete „Bruderschaft Deutschland“ präsent, die Ende März 2020 Ziel staatlicher Ermittlung war.⁴⁴ Diese von extrem rechten Hooligans geprägte „Bruderschaft“ beteiligte sich auch im September 2019 an den Aufmärschen zum Beispiel der Steeler Jungs und zeigte sich bei den bereits erwähnten Aktionen gegen den WDR Anfang 2020.

Einer der Hauptorganisator*innen der Proteste in Mönchengladbach ist Hogesa-Mitgründer Dominik Roeseler, der heute für „Mönchengladbach steht auf“ präsent ist. An seinem Beispiel lässt sich auch das instrumentelle Verhältnis der extremen Rechten zur Kommunalpolitik verdeutlichen: 2014 wurde er als Kandidat für Pro NRW in den Stadtrat von Mönchengladbach gewählt. Allerdings ist er kaum zu den Sitzungen erschienen.⁴⁵ Sein bevorzugter Ort ist eben nicht das lokale Parlament, sondern die Straße. Hier sollen die unterschiedlichsten Fraktionen der Rechten vernetzt werden. Bei den Protesten in Mönchengladbach im September 2019 waren auch Funktionär*innen der Parteien NPD und Die Rechte präsent. Dies zeigt, dass sich hier längst eine szenübergreifende Zusammenarbeit etabliert hat, die mit ihrer Demotaktik nach einer kurzfristigen Mobilisierung via Internet flexibel und rasch die Straßen besetzen will.

„BÜRGERWEHREN“, HOOLIGANS UND DIE INNERE (UN-)SICHERHEIT

Ein besonderes Phänomen sind in NRW jene Straßenproteste von extrem rechten Hooligans, die in der Nachfolge der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) explizit politische Ziele verfolgen. Dieses Milieu konnte mitunter Demonstrationen im dreistelligen Bereich organisieren. Hinter der Skandalisierung von Themen wie beispielsweise der inneren Sicherheit und sexualisierter Gewalt verbirgt sich eine zweifache Strategie: Zum einen richtet sich die Agitation gegen (muslimische) Migrant*innen, zum anderen gegen das von den Rechten sogenannte „System Merkel“. Die auf den Demonstrationen anzutreffenden Losungen über den „großen Austausch“ – gemeint ist die angeblich bewusst gesteuerte Verdrängung der „alt-deutschen“ Bevölkerung durch Einwanderer – finden sich fast deckungsgleich auch in der AfD NRW.

Oft treten diese Gruppen als sogenannte „Bürgerwehren“ in Erscheinung. Überregional bekannt wurden hier beispielsweise die „Stee-

⁴¹ <https://www.derwesten.de/staedte/essen/essen-guido-reil-afd-als-neuer-ob-ueber-raschende-wende-id227953229.html>

⁴² https://www.vhs-aachen.de/fileadmin/user_upload/b-n-g/03_arbeitundleben/ChronikNRWeltoffenAachen2018.pdf, S. 18 ff.

⁴³ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/terrorzelle-plante-buergerkriegsszenarien-16637358.html>

⁴⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/razzia-rechtsextremist-duesseldorf-100.html>

⁴⁵ <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/braungef-rbtes-wutb-rger-spektrum>



RECHTE „SOZIALPROTESTE“ UND DIE MOBILISIERUNG DURCH DAS INTERNET

Ob in Fragen der inneren Sicherheit oder bei der Polemik gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk – stets stellen sich die Aktivist*innen als die „wahre Stimme des Volkes“ dar. Die extreme Rechte nimmt auch massiv Einfluss auf die jüngsten „Sozialproteste“. Als beispielsweise die im Internet bekannt gewordene Initiative „Fridays gegen Altersarmut“ Kundgebungen durchführen wollte, kamen auch in NRW vielerorts nur vereinzelt Demonstrant*innen zu den Kundgebungen. An mehreren Orten konnte jedoch ein Teil der Demonstrant*innen der extremen Rechten zugeordnet werden.⁴⁶ Das ist kein Zufall: Extreme Rechte prüfen genau, was auf den ersten Blick wie ein berechtigtes Anliegen wirken könnte. Der rechte Rand hat ein besonders Gespür für das Verhetzungspotenzial, das mit sozialen Themen verbunden ist. Und sobald Gruppen wie „Fridays gegen Altersarmut“ auch noch ausdrücklich betonen, „unpolitisch“ zu sein und niemanden ausschließen zu wollen, ist die rechte Flanke weit offen. Wenn die offensive Abgrenzung etwa gegenüber Neonazis ausbleibt, haben diese leichtes Spiel.

Noch sind diese „Sozialproteste“ vor allem ein Phänomen des Internet. In den dortigen Foren werden bereits vorhandene Haltungen verstärkt, werden Verschwörungstheorien weitergeleitet. Insofern sind die dort präsenten Gruppierungen keinesfalls zu vernachlässigen, zumal der Kommunalwahlkampf 2020 aufgrund der Corona-Krise verstärkt online stattfinden wird.

NPD UND DIE RECHTE – WELCHE ROLLE SPIELEN DIESE PARTEIEN?

Noch weiter rechts von der AfD konnten in NRW bei den letzten Kommunalwahlen die inzwischen aufgelöste Kleinstpartei Pro NRW, die – nur noch in einzelnen Orten anzutreffenden – Republikaner, Die Rechte und die NPD Sitze in Stadtparlamenten erlangen.⁴⁷ Vor Ort gibt es auch Kooperationen. Für die Kommunalwahlen 2020 hat die NPD im Ruhrgebiet unter dem Titel „Nationales Bündnis Ruhrgebiet“ einen gemeinsamen Auftritt mit der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte angekündigt. Wahlpolitisch werden diese Parteien keinen Erfolg haben – sie werden allerdings in ihren Mobilisierungsräumen wie Dortmund, dem Kreis Heinsberg oder lokalen Schwerpunkten am Niederrhein durchaus eine Rolle spielen. Die Gefahr, die von diesen Parteien ausgeht, liegt in den gezielten Angriffen auf den politischen Gegner. Die hier aktiven Neonazis nutzen den Mantel der politischen Partei vorrangig deshalb, weil ein Parteiverbot weitaus schwieriger zu erwirken ist als das Verbot von Vereinen oder Kameradschaften. Und Parteien bieten finanzielle Anreize und öffentliche Präsentationsmöglichkeiten, die der Dauerprotest auf der Straße nicht bieten kann.

NPD und Die Rechte betreiben unter der missbräuchlichen Berufung auf das Recht auf freie Meinungsäußerung extrem rechte Propaganda. Ende September 2018 marschierte etwa Die Rechte durch den Dortmunder Stadtteil Dorstfeld. Dort stimmten die Aktivist*innen den Ruf „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“ an. Auf Plakaten der Partei waren Losungen wie „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“ zu lesen. Deutlich wird, dass es sich hierbei um eine neonazistische Kameradschaftsstruktur handelt, die Platz unter einem Parteiendach gefunden hat. Hier ist aber nicht nur die Anzahl der zu erwartenden Wählerstimmen das Problem, sondern das aggressive Auftreten der Partei in den jeweiligen Städten und Kommunen. Mitunter sind die Grenzen zwischen AfD und Neonazis fließend: So wurde Anfang Januar 2019 bekannt, dass der ehemalige Kreissprecher der AfD Dortmund zu Die Rechte gewechselt ist.⁴⁸

⁴⁶ <https://www.volksverpetzer.de/recherche-afd/so-rechts-fridays-altersarmut/>

⁴⁷ <https://www.derwesten.de/politik/rechteparteien-in-nrw-in-diesen-stadtraetensitz-die-ndp-id11611692>

⁴⁸ <https://www.ruhr24.de/dortmund/dortmunder-afd-kreissprecher-bernd-schreyner-wechselt-rechte-13153390.html>

FAZIT

Vor den Kommunalwahlen in NRW müssen nicht nur in unserem Bundesland große Herausforderungen gemeistert werden. Und es ist davon auszugehen, dass die extreme Rechte das Andauern beziehungsweise die Folgen der Corona-Krise, die auch eine gravierende wirtschaftliche Krise ist, für sich nutzen will. Schon jetzt werden die Parlamente und Räte in NRW als Tribüne für Provokationen genutzt, über Anträge und Reden wird die Arbeit zum Beispiel von Bildungseinrichtungen in Misskredit gebracht. In der Verwaltung sollen bewusst Abläufe verlangsamt werden. Das raubt zeitliche Kapazitäten. Zudem setzt die AfD als Partei der Provokation auf die Empörungsspirale, damit die polarisierende Protestinszenierung der ansonsten sehr kleinen Gruppe medial sehr breit aufgenommen wird. Das Kernprogramm lautet vielfach: hetzen, spalten, desinformieren.

Die AfD steht auch in Nordrhein-Westfalen für völkisch-nationalistisches Denken und die gezielte Herabsetzung des politischen Gegners. Und zu diesen Gegnern – die vielfach zu Feinden erklärt werden – zählt, wie das Beispiel Guido Reil zeigt, die Partei nicht zuletzt den DGB. Sie treibt die Spaltung der Gesellschaft auf die Spitze und propagiert eine extrem rechte Ideologie der Ungleichwertigkeit. Damit steht sie, wie alle anderen Teile des rechten Randes, gegen die gewerkschaftlichen Grundüberzeugungen der sozialen Demokratie, der Mitbestimmung und der Solidarität.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB-Bezirk NRW
Friedrich-Ebert-Str. 34–38
40210 Düsseldorf
nrw.dgb.de

Verantwortlich: Anja Weber

Autor: Richard Gebhardt

Redaktion: Christoph Alt, Anne Knauf

Fachliche Unterstützung: Dr. Mark Haarfeldt

Fotos: Thomas Range, photocase

www.nrw.dgb.de

